

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

70 (23.3.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verkaufspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzügen abgeholt 12,50 M monatlich. — Einzelnummern 80 S

Ausgabe: Donnerstags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24, Fernsprecher: 7-4; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Anzeigenzeile 250 M. Die Doppelseite 7.- M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Bis zum Weißbluten

Die Entscheidungen der Reparationskommission — Maßlose Forderungen in bar und in Sachleistungen — Noch mehr Steuern — Umfangreiche Finanzkontrolle

Paris, 22. März. Die Agentur Havas meldet: Die Reparationskommission hat einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto und die Befehlshaber zu leistenden Zahlungen festgesetzt. Die Entscheidung der Reparationskommission geht dahin, daß Deutschland im Jahre 1922

720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen zu leisten hat. Bis jetzt hat Deutschland 281 948 920,44 Goldmark geleistet. Infolgedessen sind noch 438 051 079,51 Goldmark zu bezahlen. Sollte eine Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe in den Sachleistungen festgestellt werden, dann wäre der dadurch verursachte Zehntelbetrag Ende 1929 in bar zu entrichten.

Einleitend der Finanzreform erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichstag gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Forderungen Deutschlands, noch seiner Zahlungsmöglichkeit entspreche. Die Reparationskommission stelle daher in klarer Weise fest, daß sie eine tiefgehende Finanzreform und ein Aufgeben der bisher begangenen Fehltritte erwarte. Das Budget der aus dem Friedensvertrag entstehenden Lasten lasse ein Defizit von 171 Milliarden Papiermark bestehen. Der provisorische Ausschuss, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewählt worden sei, werde dieses Budget um etwa 45 Milliarden vermindern, aber die Budgetberechnung sei die eines Kursfußes von 45 Papiermark für eine Goldmark gerechnet, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettodefizit von 126 Milliarden werde also weit überschritten werden. Es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark einträte. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich auf die Einhaltung des Schwangerschafts auflegen, aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigend die Garantie dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrag progressiv und schnell in das Budget aufgenommen werden müßten und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatteten und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müßte, entweder auf dem Wege der Anleihe, oder der direkten Besteuerung. Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget von 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen bedeute und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden:

1. Was das Budget betreffe:

a) Alle in der Note der Deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt worden sei, müßten zu dem festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollte diese Frist nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.

b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien, und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.

c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Sachverständigenrat ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich zur Einnahme, die das ganze Budget vorsehen, erbracht werden. Dieser Geleientwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicher stellen.

2. Was die Kontrolle anbetreffe:

Alle gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Die Reparationskommission ist berechtigt, die Ausführung der Reparationskommission durch eine Sachverständigenkommission zu kontrollieren. Diese Kommission soll die genaue Ausführung der Steuererhebung, namentlich über den Eingang der Steuern, überwachen. Die Entscheidungen der Reparationskommission sind auch auf die Ausgabenverminderung. Hierbei sei zu betonen, daß im April eine Revision des Ausgabenbudgets erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen Währungsreform vorgelegt und in das Studium der Vorbereitungen für die Auflegung einer inneren Anleihe eingetreten werde.

Die Entscheidung der Reparationskommission ist geeignet, in Deutschland größte Bestürzung auszulösen. Auch hier frei von chauvinistischen Gefühlen weiß, muß zu

der Ueberzeugung kommen, daß eine derartig rückwärtsloie Ausräuberung eines darniederliegenden Volkes, wie sie hiermit beabsichtigt ist, bedenkliche Folgen auslösen muß; den vollständigen Zusammenbruch und die Multiplikation von Missetaten, die zwar der deutschen Volkspolizei fremd sind, die aber durch die Unverschämtheit der Franzosen ständig wachgehalten werden.

Was in der obigen Note von uns verlangt wird, geht zweifellos über unsere Kraft und die Zeit hinaus, wie sie hiermit beabsichtigt ist, bedenkliche Folgen auslösen muß; den vollständigen Zusammenbruch und die Multiplikation von Missetaten, die zwar der deutschen Volkspolizei fremd sind, die aber durch die Unverschämtheit der Franzosen ständig wachgehalten werden.

Die Beschlüsse der Reparationskommission haben sich bereits heute früh im Börsenbericht in einer Entwertung der Mark bemerkbar gemacht. Nachdem in den letzten Tagen der Dollar mit 288 Papiermark bewertet wurde, ist er heute früh auf 304 Papiermark hinausgeschwollen. Ein Beweis, daß das gegenwärtige Reparationskompromiß, wie immer von deutscher Seite behauptet wurde, zur völligen Herrichtung der deutschen Währung führt. Wenn die Ententevölker bzw. deren Regierungen nicht endlich zur Einsicht kommen, und Weisung setzen, sich mit den seit Januar vorliegenden deutschen Reparationsplänen „negativ“ zu lassen, dann kann aus dem bis jetzt schmerzhaft gebrauchten Wort: „Auch bei uns ökonomische Zustände!“ bitterer Söhn werden. Dann haben wir nichts, die Entente aber auch nicht.

Nur bedingter Zahlungsausschub

Berlin, 22. März. Der Wortlaut der gemeldeten Entscheidung der Reparationskommission enthält noch folgende Bestimmungen: Der Unterschied zwischen dem auf Grund des Zahlungsplans und wegen der Zahlungsstörung geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich bezahlten Summen soll zusätzlich 5 Proz. jährlicher Zinsen eine Schuld Deutschlands bleiben, die über die Annuitäten des Zahlungsplans von ihm abgezahlt werden soll, sobald die Reparationskommission sich dazu in der Lage erachtet wird. Der vorstehend erwähnte Ausschub soll zunächst einen provisorischen Charakter haben. Am 31. Mai wird die Kommission prüfen, was von der deutschen Regierung gefordert ist, um den von der Reparationskommission in ihrem Schreiben erwähnten Bedingungen Genüge zu leisten. Nach dieser Prüfung wird die Kommission den provisorischen Ausschub entweder bestätigen oder für unwirksam erklären. Wird er für unwirksam erklärt, so werden die auf Grund der Entscheidung vom 13. Januar 1922 und der gegenwärtigen Entscheidung vorläufig geschuldeten Summen sofort zu zahlen und müssen in den auf die Ungültigkeitserklärung folgenden 14 Tagen bei Vermeidung der Zerschlagung des Reiches in § 17 der Anlage 2 des Teils 8 des Vertrages vorgezeichneten Verfahren geschuldet werden. Sollte im Falle der Festhaltung des Ausschubs die Reparationskommission zu einem späteren Zeitpunkt eine Verfestigung Deutschlands bei der Erfüllung der im einzelnen angeführten Bedingungen feststellen, so würde der Ausschub für ungültig erklärt und der Zahlungsplan so, wie er Deutschland am 5. Mai 1921 mitgeteilt worden ist, vom Tag der Ungültigkeitserklärung des Ausschubs wieder in Kraft gesetzt werden.

Der Einbruch in Berlin

Berlin, 22. März. Die Forderung der Reparationskommission hat, wie die Blätter schreiben, in parlamentarischen Kreisen einen geradezu verheerenden Einbruch gemacht. Wie das „Berl. Tageblatt“ sagt, sehe man in der Note mit ihren Forderungen nicht nur einen fast unerschwinglichen Eingriff in die gesetzgeberische Souveränität, sondern man ist auch der Ansicht, daß schon durch die bisherigen Steuern die Steuerkraft des deutschen Volkes bis zu ihren äußersten Grenzen erschöpft ist. Dem „Berl. Volksanwaiser“ zufolge sei man sich unter den Abgeordneten darüber einig, daß sich keine Regierung finden werde, die derartige Steuern, wie sie von der Reparationskommission verlangt werden, durchbringen werde, und man halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Forderungen der Reparationskommission eine Reihe von Beschlüssen föhnen, deren Folgen nicht abzusehen sind. Das Steuerkompromiß wird von mehreren Vätern als durch die Entscheidung der Reparationskommission für in Frage gestellt gehalten.

Dem „Vorwärts“ zufolge wird die neue Entscheidung in allen Schichten des deutschen Volkes nicht zum wenigsten in Arbeiterkreisen die größte Erregung hervorrufen. Will man nicht den Weg gehen, der zu einer völligen Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands führe, dann müsse das Schuldverhältnis Deutschlands zu den Alliierten sobald wie möglich zu einem normalen gemacht werden, das heißt, es müsse ein Ende

mit dem System der Zwangsrequisitionen und der kaum noch erfüllten Schuldwirtschaft gemacht werden.

Der auswärtige Ausschub wird am Freitag vormittag die Note der Reparationskommission erörtern. Die der sozialdemokratische Parlamentsdienst wissen will, wird Reichsminister Dr. Wirth am Samstag eine Rede über die politische Lage halten.

Aus der deutschnationalen Klotze

Unter der anziehenden Ueberschrift: „Der Drang zur Futterkrippe“ wußte die „Allgemeine Zeitung“ für Mitteldeutschland am 13. März folgendes zu berichten:

In der vergangenen Woche hielten sich u. a. namhafte Persönlichkeiten, die Herren Minister Severing und Oberpräsident Göring aus Magdeburg in Leipzig auf. Und hier fanden sich die genannten am Abend mit dem dortigen Polizeipräsidenten dem Genossen Richter zu einer Flasche Wein zusammen. Bis hierher eine erfahrungsgemäß sehr glaubhafte Angelegenheit. Nun aber befand sich auf irgendwelche Art ein Herr Schlichting in Tischgesellschaft der drei Beamten. Man kam in angeregte auch politische Gespräche, und im Laufe dieser Unterhaltung fiel aus dem Munde des Herrn Ministers die über den Mahnen Leipziger Weinlokale hinaus sehr interessierende Erklärung, daß der Regierungspräsident von Merseburg der nächste sei, der abgesetzt wird! Wieso und warum, das wurde nicht erörtert, wohl aber die sehr beachtenswerte Frage des Nachfolgers für den abgehenden Herrn von Gersdorf. „Kam“ uns der des neuen Mannes für Merseburg ist: Stahl, Genosse (S.P.) aus Breslau!

Das deutschnationale Blatt berichtet, daß ihm dieser Bericht von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen sei. Der Bericht trifft auch vollkommen zu, bis auf die folgenden Kleinigkeiten: Minister Severing war seit zwei Jahren nicht mehr in Leipzig. Wilhelm Richter ist nicht Polizeipräsident von Leipzig, sondern Polizeipräsident von Berlin; er war auch nicht in Leipzig. Göring war seit Monaten nicht in Leipzig. Ein Genosse Stahl ist in Breslau unbekannt; hingegen gibt es einen bekannten Sozialdemokraten dieses Namens, der früher dem Reichstag und zuletzt der Nationalversammlung angehört hat, den Bürgermeister Emil Stahl aus Spandau. Severing hat die Absicht, den deutschnationalen Regierungspräsidenten von Merseburg Herrn von Gersdorf abzuführen, nach Lage der Verhältnisse in einem Leipziger Weinstube nicht äußern können; er hat sie aber auch nicht anderswärts geäußert, weil er überhaupt nicht die Absicht hat, Beamte, die ihr Amt ordentlich führen, wegen ihrer politischen Gesinnung zu maßregeln.

Die ganze Notiz ist nichts als eine schmutzige Verleumdung. Der Zweck der Uebung ist, den Satz niederzuschreiben: „Der Drang zur Futterkrippe in Ehren, aber auch die Macht der neuen roten Kabinettskorymben hat eine Grenze.“

Noch schöner als dieses deutschnationale Berichtsstücklein ist eine Eigenmeldung der „Sächsischen Zeitung“ (Nr. 53), der zufolge der Minister Severing nicht nur in der Weinlaune Regierungspräsidenten herauswirft, sondern sich nebenbei auch in seiner freien Zeit an Einbruchsdiebstählen beteiligt. Das Blatt bringt einen eigenen Bericht über die Auflösung des Vereines „Berliner Selbstschutz“, der angeblich der Schutzpolizei in Berlin außerordentliche wertvolle Hilfsdienste geleistet und dafür vielfache Anerkennung gefunden haben soll. Noch bei dem Eisenbahnvertrieb habe der Selbstschutz mehrere hundert Selder zur Verfügung gestellt. Das Blatt fährt fort:

„Der sozialistische Polizeipräsident Richter hatte ebensov wenig gegen die Tätigkeit des Vereines etwas einzuwenden, wie sein Parteigenosse Severing, bis eines Nachts mehrere Einbrecher von dem Selbstschutz aufgegriffen wurden, die politisch derselben Partei angehörten wie der Herr Minister. Und das scheint von Severing unangenehm empfunden worden zu sein.“

Alle diese niederträchtigen, natürlich ganz frei erfundenen Verleumdungen werden von Berliner Büros systematisch über das ganze Land verbreitet, wie daraus hervorgeht, daß sie gleichzeitig in einer ganzen Anzahl von Zeitungen erschienen sind. So wird von der deutschnationalen Klotze aus die Republik und der republikanische Minister mit Schmutz beworfen!

Minister Severing hat gegen die Zeitungen, welche die letztere Verleumdung verbreitet haben, Strafantrag gestellt. Man darf gespannt darauf sein, ob das Gericht wiederum die Ehre sozialdemokratischer Minister auf etwa einen alten preussischen Taler einschätzen wird.

Die Deutschnationalen haben übrigens, als sie wegen dieser neuen Verleumdungserempel ihrer Presse zur Rede gestellt wurden, sich ausgezeichnet verteidigt. Sie haben erklärt, daß die Blätter, welche diesen Schmutz verbreiten, gar keine deutschnationalen Parteiorgane wären, sondern einem Konzern angehörten, der — wie die „Tägliche Rundschau“ — zu 50 Prozent deutschnational und zu 50 Prozent volksparteilich wäre. Es wird also noch festgestellt werden müssen, wie viel Prozent von der Verleumdung auf die hochgeborenen Herren Deutschnationalen und wie viel Prozent auf die volksparteilichen Koalitionsgenossen entfällt. Aber an der Bewunderung für derartige feine Kampfmittel kann das jedermanns nichts ändern.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft

Wiel zurzeit in der deutsch-nationalen Presse eine große Rolle. Man sieht sich nicht, diese Forderung mit der Androhung eines Steuerstreiks und dergleichen aufzustellen. Angesichts dessen erscheint es angebracht, nochmals daran zu erinnern, daß es auch Zeiten gab, in denen selbst die deutsche nationale Presse für die Zwangswirtschaft eintrat. Der Abgeordnete v. Braun trat während des Krieges in seinem Buche „Arbeitsziele der Deutschen Landwirtschaft“ für die Zwangswirtschaft ein und wiederholte auch nach der Revolution im Jahre 1919 nochmals diese seine Auffassung. In den „Nachrichtenblätter für Bauern und Landarbeiterräte“ führte er u. a. folgendes aus:

„Sollten wir den Zwang, den das Deutsche Volk mit der Schulpflicht hinsichtlich der Erziehung seiner Kinder zum Sieger für die ganze Kulturwelt auf sich genommen hat, er wohl Tausenden von Familien ihren Kindern freiwillig die- selbe Kultur zuwenden hätten lassen, nicht auch für die Kultivierung des Aders extraagen können, dessen Erträge die Voraussetzung für den selbständigen Fortbestand Deutsch- lands bilden? Auch hier werden Tausende von Einflügeligen freiwillig mehr tun, als der staatliche Zwang verlangen kann, und doch erfordert es das Interesse der Allgemeinheit, daß sich der Fortschritt nicht auf diese Minderheit beschränkt, sondern daß die aus der jetzigen Erkenntnis gezogenen Mindestfor- dungen durch staatliche Vorschriften für die Allgemeinheit er- zungen werden.“

Es wäre höchst interessant zu erfahren, warum „das Interesse der Allgemeinheit“ heute nicht mehr den staat- lichen Zwang in Bezug auf die Getreidewirtschaft erfordert. Auch Herr Edler von Braun wird nicht bestreiten können, daß die augenblicklichen Verhältnisse sich von den damaligen kaum unterscheiden und einen staatlichen Zwang für die Getreidewirtschaft erfordern.

Eine kommunistische Funkenstation

Aus Berlin wird gemeldet: Bei einer Hausdurchsuchung bei einem Vertrauensmann der kommunistischen Partei, dem in be- scheidenen Verhältnissen lebenden Mechaniker Walter Arends, entdeckte die Polizei eine hochwertige, vollständig ausgestattete Apparatur reichlich ausgestattet, vollständige Funkenanlage, sowie geheime Dienstvorschriften für den Funken- und Telegra- phendienst, Verzeichnisse von Funkstationen, Kabeln und un- terirdischen Telegraphenanlagen, Verzeichnisse von Postämtern, Pläne, Zeichnungen und anderes, auf das amtliche polizeiliche und militärische Funken- und Telegraphenwesen bezüg- liches Geheimmaterial, teils im Original, teils in Abschriften. Auch fand man die Adressen zahlreicher zuverlässiger kommuni- stischer Vertrauensleute unter den Postbeamten und den An- gestellten von Telephon- und Telegraphenbauwerken. Arends hat sich seiner Teilnahme durch Flucht entzogen. Der in die Angelegenheit verwickelte kommunistische Stadtrat und Parteisekretär Gräbner ist festgenommen worden und wird demnächst der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats vorgeführt werden.

Aus dem vorgeführten Material geht hervor, daß Arends in der letzten Zeit zahlreiche Gespräche aus Westfalen aufgenommen hat. Das entdeckte Material über Telephon- und Telegra- phenanlagen kann nur durch Diebstahl kommunistischer Post- beamten in den Besitz Arends gelangt sein, da die vorgeführten Pläne, Zeichnungen und Pläne nur zu streng vertrau- licher Verwendung der Postbehörden bestimmt waren. Der verhaftete Postbeamte Stadtrat Gräbner wird den Kurier- dienst zwischen der Funkenstation, einem geheimen, noch nicht auf- gefundenen Ort, wo die Kommunisten zu vertraulichen Ver- samlungen zusammenkommen. Die entdeckte Funkenstation stelle sich als ein Netz des großen Nachrichtendienstes dar, den die Kom- munisten im Jahre 1919 eingerichtet hatten.

Soziale Rundschau

Kerze und Kranenlassen. Wie wir schon mitgeteilt haben wurde ein Schiedspruch über die Donierung der Kerze durch die Kranenlassen gefällt. Dieser Schiedspruch lautet folgende Sätze vor: 1. für eine Kerze 10 M (bisher 6 M), 2. für einen Kranen 18 M (bisher 12 M), 3. für eine Nacht- kerze 20 M (bisher 12 M), 4. für einen Kranenbesuch 24 M (bisher 12 M), 5. für einen Kranenbesuch am Tag 26 M (bisher 18 M), 6. für eine Kerze 20 M (bisher 12 M). Auf die Gebührenhöhe der Gebührenordnung vom 1. Juli 1921 wird ein Zuschlag von 150 Prozent bezahlt. Als Weggebühren werden für den Doppelmeter 12 M bei Tage und 20 M bei Nacht gezahlt. Auf diese Gebührenhöhe erfolgt (wie ebenfalls

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinodgeschichte von Anna Croissant-Ruß (Hortiziana)

„Rosinchen dachte natürlich im entferntesten nicht an diese schmerzliche Seite in der Liebe Erkenntnis — es fiel ihr gar nicht ein, daß etwa die Liebe auch Gefühle und Gedanken eigener Art haben könne. Die hatte zu haben, die hatte das Rosinchen anzuhaben und zu bewundern, die war da, ein Resonanzboden zu sein für alle Gefühle und Gedanken des Rosinchen, und damit basta!“

Einmal sah die Lina auf, in der Freundin wunderbares Ge- fühl, einmal hörte sie aus ihren wütenden Worten heraus, daß sie verschmäht worden — glückliches Chlommenschätzchen trotzdem. Es war bemerkt worden, es war in jenen Banntreue gefolgt — und nein! es war nicht veranlagt, sich verzehren zu müssen!

„Zu schön lächelte die Lina auf ihre vom Rosinchen benedete Körperfülle — sie, die ihn mit verglühender Leidenschaft liebte, ja sie war eine von denen, die sich verzehren müssen, aber wie lange, wie endlos lange würde das dauern mit diesem, ad all- sundhörgen Körper! Und alle Versuchungen des Lebens, die letzten Kuchen der Tante Wina vor allem liegen vor ihr auf — es war doch schwer, manchmal schwer, ganz zu resignieren!“

Wie schnell und wie gründlich war die Liebe bei dem Rosin- chen vergangen! Konnte das echte Leidenschaft sein? Wie konnte nicht, sie sagte nicht, sie schimpfte nur.

Und das tat sie wiederum. Nicht nur über die Lina und die eingebildeten Töchterchen, vor allem über die Gewerkschaften, die keine Meinung von Bildung hatten.

Die Lina hielt still. Doch diese Art von Sanftmut und Ge- fühlswendigkeit — o die Lina war in anderen, höheren Regionen — ergründete das Rosinchen erst recht: „Für was bist du denn gut? Mit demal sein Wort kanst du mich auslösen, du Stachel!“ Meinerseits was konnte man denn von der Lina verlangen? Wie sollte so was Verständnis für Liebe und Leidenschaft, für Hoffen und Nachgelüste haben? Das schwärmte so in den Tag hinein, und wenn es eine Reklame oder einen Kuchen sah, konnte es sich vollschlagen bis an den Hals heraus! Konnte man da wirkliche Gefühle verlangen? —

Für das Chlommenschätzchen hatte die Privatsekretion und das Privatministerium für Liebe noch einige Nachwehen.

(schon mitgeteilt) ab 1. Januar unter Zugrundelegung der Reichsindustrieerzeugnisse ein Teuerungszuschlag nach dem Durchschnitt der abgelaufenen drei Monate.

Badischer Landtag.

Plankelein um den Achtstundentag — Verschiedene Zusammenkünfte

gr. Kartstraße, 22. März.

27. öffentliche Sitzung

Präsident Bittmann eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Auf die kurze Anfrage der Frau Abg. Fischer-Karlruhe (Soz.) über unzureichende Gehalts- und Pensionverhältnisse der Gemeindebeamten teilt der Regierungsvorsteher mit, daß das Ministerium wiederholt durch die Bezirksämter die Gemein- den auf eine bessere Regelung hinwies. Durch die freie Selbst- verwaltung der Gemeinden ist jedoch diese Einwirkung, zu dem nötigen finanziellen Staatsunterstützungen kommen, beschränkt.

Fortsetzung der Spezialdebatte über das Ministerium des Innern

Gewerbe und Handel

Abg. Wager (D.N.): Nur die Selbsthilfe kann Gewerbe und Handel vorwärts bringen. Der Staat darf nicht durch Zwangsmittel deren Entwicklung hinderlich sein. Stellen wie Landesauftragstellen sind überflüssig. Die rigorose Durch- führung des Achtstundentags geht zu weit. Die Folge des Ver- fälliger Verträge ist unser Grundübel. Die Zwangsankleife wird unser Volktaend in Verarmung erklären. Wenn heute Handel und Gewerbebetriebe vorwärts kommen wollen, geraten sie in Gefahr, des Bankrotts heiligheligt zu werden. Man sollte deshalb mit dem Kommerz des Bankrotts vorichtig sein. Man soll das Privatigentum schützen. Das Schicksal des Ver- dienens sollte wieder beim Produzenten statt beim Vermittler liegen.

Abg. Nidel (Centr.) äußert sich zur Lehrlingsfrage. Der Lehrling muß zur Familie gehören und sich als Familienange- höriger fühlen. Verbeugung ist ihnen fernzulegen. Zigaretten- rauchen sollte in allen Schulen verboten werden.

Abg. Stok (Soz.): Wir dürfen hoffen, daß bei den Po- sitionen des Arbeitsministeriums die bürgerlichen Parteien der Ausbildung der Arbeiter gegenüber gleiches Interesse befeunden wie bei Handel und Gewerbe. Einer Erhöhung der Beiträge für die Fachausbildung werden wir zustimmen. Die tatsächliche Teuerung der Preise ist viel höher als die Steigerung des Stundenlohns. Wir stimmen nie in den Ruf nach der blinden Sozialisierung. Aber wir müssen uns dagegen wenden, wenn das Privatigentum über alles erklärt wird. Das Bürgerium darf nicht die Augen vor den Schädigungen des Privatigentums schließen. Das Großkapital und die Großindustrie ist der Gegner des Handwerks. Die Lehrlingsfrage hat unser reines Interesse. Die Regierung sollte recht bald auf eine ge- rechtliche Neuordnung des Lehrlingswesens hinwirken. Wir müssen eine Befreiung der Lehrlinge von den Meistern ver- langen, um eine richtige Durchbildung zu ermöglichen. Die Entwicklung zum Kleinbetrieb nach Grobmetrie läßt sich nicht hemmen. Deshalb sollte der Industrie ein Pflichtenanteil an der Lehrlingsausbildung unter einem tüchtigen Verwalter auf- erlegt werden. Wir brauchen einen Nachschub von gebildeten Handwerkern. Es gibt keine Auswüchse im Lehrlingsverhältnis. Am Achtstundentag lassen wir nicht rütteln. Es gibt Dinge und Branchen, wo im allgemeinen Interesse, wie bei den Bergarbeitern, Leberstunden gemacht werden müssen. Am Achtstundentag selbst lassen wir nicht rütteln; auch nicht die Handwerker. Ohne Genossenschaften ist dem Handwerk nicht zu helfen. Wo illegitimer Handel getrieben wird, läßt sich schon feststellen. Auch wir haben kein Interesse daran, daß die Landesbeauftragten unter allen Umständen bestehen bleibt. Solange sie jedoch besteht, verlangen wir gemäß unserem Antrag eine der wirtschaftlichen Bedeutung der gewerkschaftlichen Or- ganisationen entsprechende Vertretung. Ueber die Ausrichtungen des Abg. Freudenberg bezüglich der Bezirkswirtschaftskäm- mern wird ich mich, nachdem die demokratische Partei diesen Gedanken mitteilt. Die Arbeiterpartei hat an dieser Frage großes Interesse. Die Handels- und Handwerkskammern dürfen keine Untermischungsorganisation sein und müssen partiell auf- mangeteilt sein, gleich den Bezirkswirtschaftskämmerern. Die Ge- werkschaftsbewegung darf kein Hindernis in der Schaffung der Be- zirkswirtschaftskämmerer sein. Die gesamte Arbeiterpartei hat eine Verbindung mit Kartierern und der Frage für notwendig. Es ist dies keine Parteifrage, sondern eine Frage der gesamten Arbeiterpartei.

Minister Nemele: Die Stellung der Regierung zu den Bezirkswirtschaftskämmerern ist klar. Abgehende Gewerkschafts- fahrer laborieren noch an dieser Frage. Zunächst wird von ihnen eine partielle Zusammenfassung von Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern erstrebt. Bei großen Bezirken

kommt Baden, Württemberg und die Pfalz als ein einheitliches Gebiet in Frage. Bei kleineren Bezirken kommt Baden als selbständiger Bezirk in Frage. Um die Pfalz demirkt sich auch nach Frankfurt. Doch wendet sich Baden gegen diese Ver- bindungen. Solange der Unterbau der Bezirkswirtschaftskäm- mern geflächt ist, hat es keinen Wert, die Frage zu ventilieren. Der Bezirkswirtschaftskämmerer ist der Ansicht, daß die Bildung der Be- zirkswirtschaftskämmerer größere politische Schwierigkeiten mit sich bringt. Die Behandlung der Frage muß deshalb sein überlässt werden. Bezüglich der Landesbeauftragten ist mitzutellen, daß das Reichsbundverhältnis nicht in die Tat umgesetzt wird. Vermutlich wird ein neues Abkommen getroffen, das nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Ententeänder gelten wird. Damit wird die Frage der Landesbeauftragten erledigt sein.

Abg. Albieß (Centr.) hält den feinerseitigen Antrag über- haupt auf Ausnahmen vom Achtstundentag für das Handwerk für eine Notwendigkeit. Ein Großhändler würden wir nicht leicht hinnehmen. Es gibt heute nicht nur Schwarzbrot, sondern auch einen Schwarzgerüststand.

Abg. Schrank (Abd.): Es sind heute nicht mehr die Meis- ter, die ihre Lehrlinge züchten, sondern viele Lehrlinge be- schweren sich, weil sie eine Viertelstunde zu lang arbeiten.

Abg. Vor (Komm.): Die jetzige Debatte gibt einen Ber- eichsmaß der Landeswirtschaftsdebatte. Politisches konnte bei dieser Mittelstandsdebatte nicht vorgebracht werden. Die Ausbildung im Handwerk ist für die heutige Verhältnisse unzureichend. Der Bezirk Handwerk hat sich vergrößert; ebenso wie man heute fünf Handel sagen kann, so sind heute von reichs- harte Erfüllungprogramm ist uns von den Herren noch reichs- angehebert worden. Die Lehrlingskämmerer ist schon sehr alt. Die Kommitte des Lehrlingswesens ist verkommen, gebildet sind die Örtlichen. Zur Erhaltung der deutschen Volkskraft muß der Achtstundentag erhalten bleiben, und zwar halten wir am schenatischen Achtstundentag fest. Gerade in der Ausbil- dung muß der Mensch gefordert werden. Der Staat sollte moderne Lehrwerkstätten errichten. Bei den Lehrlingen steht man von „freiem Vornehmen“, bei den Studenten von der „tollen Jugendzeit“. Herr Wager schließt das Eigentum nicht nur gerne, sondern schafft es ab und verliert es. Ich erinnere an die Verhandlungen im Reichstag. Wer so schäp, sollte sich mit Schätzungsfragen nicht mehr abgeben.

Abg. Gerich (Ztr.): Die Arbeiterpartei will in der Volks- wirtschaft mitarbeiten. Der Vorkämpfer ist der richtige Gehalte im Sinne der Volkswirtschaft. Das Zentrum hat die Verhältnisse für das Lehrlingswesen. Auch im Zentrum hat die überwiegende Mehrheit Verständnis für die Lage der Arbeiterpartei. Deshalb Schluß mit dem ewigen Streitigkeiten des extremen Klassenkampfes. Mit den ewigen Anklagen gegen Regierung und Republik wird nichts erreicht. Denn schließlich ist es doch unser Staat.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.): Nach dem Stenogramm und der damaligen Debatte ging der feinerseitige Antrag Wieder- holt gegen eine gesetzliche Festlegung des Achtstundentags für das Handwerk. Der später abgeordnete Antrag hat die gleiche Ausnahmetendenz vom Achtstundentag für das Handwerk. So- bei sind die nötigen Ausnahmen schon vorgelegen, so daß man nicht von einer Gesamterhebung reden kann. Es wird gut sein, wenn man den Achtstundentag nicht immer wieder in die De- batte wirft. Die Arbeiterpartei ist darin sehr empfindlich. Des- es gut mit dem Aufbau meint, sollte deshalb hierauf Rücksicht nehmen. Jede Erweiterung hierüber ist gefährlich.

Abg. Dr. Olsaker (Dem.) erklärt, daß es sich bei dem An- trag über die Festlegung eines neuen grundgesetzlichen Ver- trags gegen den Achtstundentag handelt. In der Frage der Be- zirkswirtschaftskämmerer sieht die demokratische Fraktion auf dem Stand- punkt der Reichsreform. Das Verlangen nach partiellierten Handelskammern und Handwerkskammern kann ich jedoch nicht begreifen. Hierdurch wird die Bildung der Bezirkswirtschaftskäm- mern ins Stocken gerufen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß diese Sache ausreifen muß.

Abg. Freidhof (N.S.): Die Konzentration des Kapitals vernichtet das Handwerk und das Kleinergewerbe. Die Regierung sollte für Beihilfen im Handwerk sorgen.

Abg. Wager (D.N.) stellt fest, daß die von ihm gestellten Luftschiffhallen der Errichtung industrieller Werke dienen.

Abg. Großhans (Soz.) erklärt dem Titel „Hofen der Ge- werbe- und Handwerkerzeitung“. Das badische Handwerk, daß der „Handwerkerverein“ in Konstanz bei den letzten Wahlen sich in politische Fragen einmischte. Minister Nemele erklärt, daß „Das badische Handwerk“ in Konstanz er- scheint; das Konstanzer Organ erhält keine Subventionen, son- dern bekommt nur Zuzüge. — Abg. Dr. Verhagen (Ztr.): Der „Handwerkerverein“ trieb keine Parteipropaganda und seine poli- tische Einmischung. — Abg. Water-Heidelberg (Soz.): Wenn der „Handwerkerverein“ in Konstanz auch erit nach den Wahlen einen parteipolitischen Artikel brachte, so war dies über- immerhin der Fall. Viele Leute im Lande reigten sich über diesen Artikel auf. — Abg. Ziegelmaier-Oberkirch (Ztr.): Die Interferenzmeinung geht an Wähler der Minderheiten. — Abg. Water-Heidelberg (Soz.): Ich beanstandete nicht die Interfer-

ferenz an häufigsten diese Strahe, und das Chlommenschätzchen wunderte sich auf einmal, daß ihre Neigung sich niemals jemals zugewandt hatte. Das konnte aber noch besorgt werden.

„Denn, wie sie zur Lina sagte, mir müsse unsere Gefühle schon auf die Chlommensätze richte, weil die Präparate 3. B. er- gibt in der Gesichtspunkt für uns treue, wenn sie Lehrling sind, in der Lina se nit mit in die Konkrete einbezogen werde, sie in zu unanfechtlich haben frumm getretene Stühle und im Winter kein Mantel.“

Von den Gewerkschaften sprach sie überhaupt nicht mehr. Die Chlommensätze dagegen, die waren ganz geschaffen zur Liebe und Schwärmerei, so gut angezogen, so flott, man konnte sie fast „en bloc“ gern haben!

Das letztere präferierte sie zwar nicht, aber bald war es der eine und bald der andere, für den sie sich entkamte, mandant für zwei auf einmal. Bald machte ich die Fensterparade und bald ging jener fünfzehn oder zwanzigmal am Tag vorbei. Sie sah behändig am Fenster und hatte die Augen auf der Straße und konnte der Lina nicht genug erzählen, wie sie hoffte, wie ganz behauptet war sie von ihren Erfolgen, sie, die ganze Wuchsen wie aus der Erde gestampft, es schien, als habe die ganze Studentenschaft ein Komplott geschmiedet, sie zu verehren. Welche einer eine Kopfhebung gegen ihr Haus zu, so ließ sie die Lina triumphierend in die Seite: „Lina, siehst du, der macht mich jetzt aa de Hof.“

Die Lina nahm manchmal einen Anlauf und wagte zu sagen: „Ja, hab nichts gesehen“, oder „Kennst er dich denn?“, vielmalig auch „ja, grüß er denn heraus?“

„Herrgott, wie wurde die aber abgeprügelt!“ Was verließ du von dem Ende! So plump macht mir das nit!“

Da es wirklich eine kurze Zeit zum Sport bei den Straß- ten wurde, das Rosinchen für den Warten zu halten, so erlebte es an seinem Fenster förmliche Resonanzentwöhnungen.

„Da gu!“ jagte es stolz zur Lina, wenn sich die Verehrer förmlich vor dem Hause stauten, „das ist was anderes!“

Wollte sich aber weiteres nicht ereignete, die Dinge sich nicht glücken, ja die Verehrer allmählich die Luft verloren, das Rosin- che Haus im III anzukommen, und selbst das Rosinchen anfang- die Sache etwas allzu einformig zu finden, war es gern bereit, wieder in den Boden zu gehen, wo es der Date wartete, ja es zeigte nicht Freude und Gifer zum Gesicht als früher.

(Fortsetzung folgt.)

Der heruntergezogene Watschid, die den liebenden Händen also preisgegebenen „Lüddler“, das ganze aus der Solidität des Wahn'schen Hauses herausgerissene Intermezzo rächte sich, das Rosinchen wurde krank. Der Kopf, der Hals, alle Glieder und — trotz des äußerlichen Proleten auch das Herz taten weh, und die heiße Liebe endete mit einer tüchtigen Enttäufung.

„Wann m'ra die Lieb in sich hat, m'ra is doch nit für Ex- travaganze geschafft“, töpote sich das Rosinchen in der Kranken- lude.

Die Schelle, die eigentlich dem Chlommenschätzchen als der Verführerin gebührt hätten, fielen nun auf der Lina wechlos und unschuldig herab, wie ja viele Menschen in der Zeit der Angst und Verflümmernis etwas suchen, eine Ursache, einen Sün- denbock, irgend etwas oder irgend wen, dem sie die Schuld auf- büden können und sich dadurch erleichtern, indem sie ihren Schmerz in Wut verwandeln.

„Du bist doch fünf Köp größer als des arm Mein Rosinchen, bist du nit g'heiter?“ Ichie der Date.

Dem Rosinchen fiel es gar nicht ein, die Lina zu beschützen, es schimpfte eher selbst mit. Es schimpfte überhaupt den ganzen Tag; es schien, als läte sich aller Leberstauung in ein gründliches Geschimpfe auf. Zuletzt konnte das Rosinchen sogar haarslein aus- rechnen, daß sich „die ganze Sack“ eigentlich nicht gelohnt hätte.

„Jwanzig Kreuzer das Zeihe von de Schiffschau, zehn Kreuzer dem Zeih und nachher nochmal sechs Kreuzer, wie soll denn das lahe, und de Spott owerdrein!“, Rax, Lina, des is zuviel die Lieb, ich verzicht!“

„Ach! Sie konnte verzichten, die Lina aber mußte ver- zichten!“

Nach ein paar Wochen hatte sich das Chlommenschätzchen seine Gefühle schon ganz gründlich vom Halse rätioniert und in seiner Resonanzentzogenheit sogar bestliche Beweise gegeben, daß es den Mondis verache, denn es sah Tag für Tag mit schrecklich bösen und strengen Augen am Fenster. Wenn auch der ehemals Ge- liebte den Blick nicht zu ihr hob oder höchstens aus Spott eine tiefe Reverenz machte, einerlei, das mußte er, das mußten alle sehen und merken, wie tief sie ihn verabscheute.

Die Nummer Gewerkschaftel war für sie mit ihm abgetan, ihr Herz begeherte nach Höherem. Was gab es denn da Höheres als die „Gomnastien“? Da es Gomnastium am Ende der Gergengäß gelegen war, frequentierten die Gomnastien von

für den „Handwerkskammerboten“, sondern wandte sich nur gegen übertriebene Subventionen. Beim Inseerat des Vorkriegs für „Bismarck“ erhielt kein sozialdemokratisches Blatt eine Anwesenheit. — Abg. Dr. Verfurth (Ztr.): Man darf ein Blatt nicht nach einer Nummer beurteilen. — Abg. Dr. Scholer (Ztr.): Ich bitte um den Beweis der Behauptungen des Abg. Maier-Heidelberg, daß meine Partei überall vorne dran sei und aus allen Schichten eine.

Wahlprüfung über den Auswahlantrag zum sozialdemokratischen Antrag

Gemäß Auswahlantrag lautet der Antrag nunmehr wie folgt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, für eine der wirtschaftlichen Bedeutung nicht befriedigend erscheinenden entsprechenden Vertretung dieser Organisationen in der Landes-Aufsichtsstelle sowie dafür zu sorgen, daß der Einfluß der badiischen Regierung für den Fall ausfallend gesichert werde, wenn der Landes-Aufsichtsstelle für die Zukunft vermehrte Aufgaben zufallen.

Der Antrag wird einstimmig bei Stimmhaltung der Abgeordneten (Ztr.) und Dr. Verfurth (Ztr.) angenommen.

Abg. Frau Fischer (Ztr.) befragt im Schlußwort zum Inhalt des Ausschusses Ausschusses für die Tätigkeit der Kreisprüfungsstellen. — Das Gesetz wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Maier-Heidelberg (Ztr.) bemerkt beim Titel „Arbeitsbeschäftigung“, daß die Arbeitsbeschäftigung nicht befriedigend ist. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) hätte gern vom Redner auch einen Verbesserungsvorschlag gehört. — Minister Nemele: Der Ausfall an Arbeit, vor allem auch durch deren Preis, ist nicht durch Arbeitsbeschäftigung zu erklären. Unsere Arbeitsbeschäftigung ist heute allgemein; deshalb muß die Arbeitsbeschäftigung in enger Verbindung mit der Arbeitsbeschäftigung durchgesehen werden. — Abg. Frau Unger (Ztr.) empfiehlt die Arbeitsbeschäftigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.): Die Arbeitsbeschäftigung ist so groß, weil nicht genügend Stellen zur Verfügung stehen. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten. — Abg. Fischer-Lohr (Ztr.) äußert sich zu den Vorschlägen in Sachsenten.

trag auf Anwendung für die Schwesternheime trat das Finanzministerium bei und morgen wird das Staatsministerium hierüber beschließen. Alle Fragen müssen eben mit Rücksicht auf die Finanzministerie gelöst werden. Irigendwelche Schwierigkeiten gegen Sammlungen für Ausland hat weder die badiische Regierung noch die Polizei gemacht. Wir haben keine Ursache, hiergegen vorzugehen. Sobald uns jedoch ein Antrag zu Sammlungen vorgelegt wird, bekomme ich den Verdacht, daß es deshalb geschieht, weil der Minister des Innern ein Sozialdemokrat ist. In Preußen sollen solche Sammlungen aber zur Unterstützung an der Währungsfrage verwendet worden sein. Deshalb entstehen Schwierigkeiten. In reinen Industriezentren haben wir es den Bezirksämtern überlassen, die Sammlungen nach Lage der Dinge vornehmen zu lassen. Wir müssen uns mit den Reichsbehörden ins Benehmen setzen, um Einheitlichkeit in Behandlung dieser Fragen zu erzielen.

Abg. Frau Unger (Ztr.): Die soziale Fürsorge soll nicht auf dem Boden der Wohltätigkeit vor sich gehen, sondern auf dem Boden des Gesetzes. Wir lehnen deshalb die Position für den Frauenverein ab. Viele Frauen sind nicht aus Gefühl im Frauenverein, sondern nur um sich einen Namen zu schaffen und sagen zu können, was sie gestiftet haben. Auch den Frauen sollte man in der Not helfen.

Abg. Frau Siebert (Ztr.): Die Verhaftung der sozialen Fürsorge wäre deren Ende. Die Fürsorgearbeit muß vom Staatstrakt der Nächstenliebe betrieben werden.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Es ist begründet, daß der Staat verlangt, daß die Zentrale des Frauenvereins vom Ortsverein Karlsruhe getrennt wird, wenn er Mittel gibt, da die Staatsmittel dem ganzen Lande zufließen müssen. Warum sollte man in der Einrichtung jedoch nicht gehen.

Abg. Dr. Kullmann (Ztr.): Mit den Sammlungen für die Frauenhilfe sind wir einverstanden. Die Würde des badiischen Landtags gebietet, nicht in der parteipolitischen Art, wie es geschehen, an Elend Anzählungen vorzunehmen. Diese Frage ist eine Frage der Menschlichkeit und Menschlichkeit. Ich würde mich, daß Frau Unger, Herr Glöckner an dieser Frage nicht vorbeigehen. Wenn von Menschlichkeit und Nächstenliebe gesprochen wird, darf man das richtige Elend nicht parteipolitisch behandeln. Nur durch die Abstumpfung des menschlichen Gefühls durch den Krieg kann man diese Kälte gegenüber Ausland verfehlen.

Minister Nemele: Ich muß dem Redner widersprechen. Das Verhalten des Landtags zur Frauenhilfe war korrekt. Der Antrag wurde dem Ausschuss überwiesen; nur die Rechte widersprach. Hier handelt es sich nicht um das Gefühl, sondern um die Rechtsfrage.

Abg. Maier-Heidelberg (Ztr.): Eigentlich sollte die Frage jetzt recht im Plenum behandelt werden. Eigentlich ist eine Debatte darüber nötig. Doch ist die Frage ja dem Ausschuss überwiesen.

Abg. Dr. Scholer (Ztr.): Man sollte die Frage im Ausschuss behandeln. Deshalb ging auch Frau Unger nicht darauf ein.

Abg. Dr. Kullmann (Ztr.) erklärt, daß er mit seinen Ausführungen der Entscheidung über die Staatshilfe nicht habe greifen wollen. Ich habe der Frau Unger mit meiner Bemerkung nicht nahe treten wollen.

Abg. Nemele: Ich nehme an der Rede des Abg. Dr. Kullmann Anstoß, weil er behauptet, die menschliche Seite der ruhigen Art sei zu wenig zur Geltung gekommen.

Abg. Frau Dr. Bernau (Ztr.) stimmt den Anforderungen des badiischen Frauenvereins zu.

Abg. Frau Unger (Ztr.): Nach einem verlorenen Kriege, der uns vollständig mittellos und verelend machte, so müssen wir neben Staatshilfe auch die private Wohltätigkeit in Anspruch nehmen. Hieraus können wir nicht wie Frau Unger verzichten. Auch darf man nicht verallgemeinern. Viele könnten auch tun; viele stützen aber auch viel für wohltätige Zwecke. Wenn die Unterstützung der Armen aus eine Rechtsfrage ist, so wollen wir doch nicht die Wohltätigkeit ausschalten. Auch wir anerkennen die Leistungen der Anstaltsleiterinnen und wünschen deren bessere Bezahlung.

Abg. Frau Unger (Ztr.): Der Ausbau der staatlichen Fürsorge muß die private Fürsorge überflüssig machen.

Abg. Frau Siebert (Ztr.) äußert sich über ihre soziale Tätigkeit im Antrage.

Abg. Strobel (Ztr.): Es handelt sich hier nicht um die allgemeine private Wohltätigkeit, sondern um einen Beitrag an den badiischen Frauenverein, der Anstaltsleiterinnen ausbildet. Die Entscheidung wird es jedoch mit sich bringen, daß solche Einrichtungen vom Staat übernommen und befristet werden. Die private Wohltätigkeit ist notwendig. Gerade die Arbeiter-schaft hat großes Verständnis für die Notlage ihrer eigenen Massenangehörigen. Auch für Ausland hat die deutsche Arbeiterschaft ihre Wohltätigkeit bezeugt.

Der Beitrag von 103 000 M für den badiischen Frauenverein wird gegen die Stimme der Abg. Frau Unger (Ztr.) genehmigt.

Der Vorschlag des Ministeriums des Innern ist somit bis auf Titel „Landwirtschaft“ genehmigt.

Abg. Maier-Heidelberg (Ztr.) berichtet über den bereits bekannten Gesetzentwurf über die

Umwandlung der Majestätwerke in eine Aktiengesellschaft mit Staatsbeteiligung

Nach 7 Uhr stellt die Presse ihre Tätigkeit ein, nachdem der Berichterstatter vor vollendeter Sache spricht.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. — Tagesordnung: Landwirtschaftsbudget.

Weiterberatung der Steuervorlagen im Reichstag

21. Berlin, 22. März. Am Mittwoch lag dem Reichstag zunächst eine deutschnationale Interpellation vor, in der Einpruch erhoben wurde gegen die Entscheidung der interalliierten Kommission, wonach fünf deutsche Reichsleiter für den Vorschlag überlassen werden sollen. Die Interpellation wird, wie die Regierung mitteilen ließ, beantwortet werden. Der Vertrag, der die Einberufung von 1919 in Paris nach Preußen auspricht, wurde jedoch in zweiter und dritter Lesung angenommen. Mit ihm auch eine Entschädigung, die die Vereinigung Waldeck mit Preußen enthielt. Weitergehende Anträge der Kommunisten, die Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und die verprengten Teile Braunschweigs, Anhalt und Oldenburg ebenfalls zu Preußen schlagen wollten, finden keine Mehrheit.

Der Reichstag setzte dann die zweite Lesung der Steuervorlage fort und behandelte zunächst die Kapitalverkehrssteuer. Die Vorlage wurde unverändert angenommen; ebenso die anderen Teile des Kapitalverkehrssteuergesetzes. Nur die Strafen für Fälschungen der Steuerzeichen wurden von 10 000 M auf 100 000 M erhöht. Der Reichstag beschloß sich dann mit der Umsatzsteuer, die nach dem Vorschlag des Ausschusses 2 Prozent betragen soll. Bedauert wurde die rohe Form dieser Steuer, die zu Betriebszusammenlegungen führe. Es entwickelte sich eine

längere Erörterung über die Frage der Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Steuer. Auch die Zursüßsteuer in ihrer bisherigen Form wurde beanstandet. Die Ausdrücke verlief in Kleinigkeiten aller Art, während in den Verhandlungen die neue Drohnote der Entente besprochen wurde, die neue gemaltige Steuerlasten von Deutschland fordert und die den deutschen Reichshaushalt unter Zwangs-kontrolle stellen will. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse des Ausschusses aufrecht erhalten.

Sitzungsbericht

Berlin, 22. März. Am Regierungstisch Reichsfinanzminister Dr. Hertel. Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Die deutschnationale Interpellation betr. Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze durch die interalliierte Kommission (Weißhöfer) wird, wie der Gesandtschaftsrat von Dirksen (Mittell.) in der üblichen Frist beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

die Vereinigung von Vermont mit Preußen.

Abg. Dr. Oberlohren (D.M.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs vorschlägt. Er empfiehlt eine Entschädigung, wonach der Reichstag die Aufrechterhaltung des Landes Waldeck mit einer guten Gliederung des Reichs nicht für vereinbar hält und die Reichsregierung ersucht, in Verbindung mit der preussischen Regierung wegen einer Aufhebung des Vertrages mit Waldeck und einer Einverleibung Waldecks mit Preußen unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Abg. Koenen (Komm.) vermahnt sich gegen den Vorschlag, als ob die Kommunisten die Vereinigung Deutschlands fördern wollten. Er stimmt der Vorlage und der Entschädigung zu und verlangt in einem Zusatzantrag die Vereinigung von Waldeck, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe und der zerprengten Teile Oldenburgs, Braunschweigs und Anhalt mit Preußen sowie die Angliederung des Gebietes von Schmalfelden und Zuhl an Thüringen.

Darauf wird die Vorlage in 2. und 3. Lesung unverändert angenommen. Ebenfalls angenommen wird die Entschädigung des Ausschusses, während die kommunistische Entschädigung abgelehnt wird.

Die 2. Lesung der Steuervorlagen wird darauf fortgesetzt, und zwar wird das Kapitalverkehrsgesetz behandelt.

Die Kapitalverkehrssteuer wird erhoben für Rechtsvorgänge, die Gesellschaften betreffen (Gesellschaftsteuer) für den ersten Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten des Kapitalverkehrs (Wertpapiersteuer) für Anschaffungsgegenstände des Wertverkehrs (Vorkaufsteuer), für die Gewährung von Verzinsung an Mitgliedern des Aufsichtsrats von Kapitalgesellschaften (Aufsichtsratssteuer). Zunächst wird die Gesellschaftsteuer behandelt. Ihre unterliegenden inländische Kapitalgesellschaften und inländische Niederlassungen ausländischer Kapitalgesellschaften, ferner andere inländische Erwerbsgesellschaften und inländische Niederlassungen anderer ausländischer Erwerbsgesellschaften, sowie die übrigen inländischen juristischen Personen.

Abg. Koenen (Komm.) fordert eine Verschärfung der Steuer, die nach der Vorlage 7 1/2 Prozent betragen soll. Die Bestimmungen über die Gesellschaftsteuer werde nach dem Vorschlag des Ausschusses unter Ablehnung des Antrages Koenen, angenommen. Desgleichen die Vorschriften über die Wertpapiersteuer, die für je 100 M bei Schuld- und Rentenverschreibung 50 Pf., bei ausländischen 2 M bei den übrigen Wertpapieren 7.50 M beträgt. Die Vorkaufsteuer beträgt für je 1000 M bei Schuldverschreibungen des Reichs und inländische Gemeinden der Jahre 1914 bis 1920 für Handelsgeschäfte 10, für Kundengeschäfte 20, für Privatgeschäfte 50 Pf. Bei den übrigen inländischen Schuld- und Rentenverschreibungen 20 bezw. 40 Pf. bezw. 1 M. Bei anderen und inländischen Schuld- und Rentenverschreibungen gelten erhöhte Sätze. Anschaffungs- und Schenkungssteuern sind steuerfrei, wenn diese innerhalb 3 Jahren zur Rückzahlung fällig werden.

Die Bestimmungen über die Vorkaufsteuer werden mit der Maßgabe, daß die Reichsregierung unter gewissen Bedingungen die Steuer ermäßigen kann, in der Fassung des Ausschusses angenommen. Angenommen wird ferner die 20 Proz. der Veräußerung betragsenden Aufsichtsratssteuer; angenommen wird, daß ein Zentrumsantrag auf Erhöhung der Strafe für Widerverwendung gebrauchter Steuerzeichen von 10 000 M auf 100 000 M und für Fälschung gebrauchter Steuerzeichen

Der Rest des Kapitalverkehrssteuergesetzes wird unverändert angenommen. Ferner eine Entschädigung, die die Reichsregierung ersucht, die Ausgabe von Aktien an Arbeiter und Angestellte den Betrieben zu fördern. Nach der Regierungsvorlage soll die Umsatzsteuer 2 1/2 Proz. betragen. Der Ausschuss schlägt 2 Proz. vor.

Abg. Brodau (Dem.) fordert Befreiung der Handelsvertreter von der Umsatzsteuer, da es sich für diese nur um eine doppelte Besteuerung des Einkommens handle.

Abg. Hammer (D.M.) bedauert die rohe Form der Umsatzsteuer, die zu Betriebszusammenlegungen führe. Die schmutzige Belastung bedeute die Zursüßsteuer, die die Beschaffung von Waren unmöglich mache. Die §§ 15 bis 21 müßten deshalb am 1. Okt. 1922 außer Kraft treten, das Gesetz selbst am 1. April 1922 in Kraft treten.

Abg. Dr. Breitfeld (U.Z.P.) bedauert, daß die Umsatzsteuer keine Rücksicht auf die Notwendigkeit des Bedürfnisses, das durch den Kauf bedingt werde, nehme. Die Genossenschaften müßten von der Umsatzsteuer befreit werden, da es sich bei ihnen als Vermittlungsstellen für die Verbraucher gar nicht um einen Umsatz handle. Die Zursüßsteuer müsse auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden.

Abg. Hartleb (Ztr.) kann sich gleichfalls nicht mit der Umsatzsteuer befriedigen. Man handle aber unter dem Zwang der Erfüllungspolitik. In Wirklichkeit kommt nur eine Erhöhung der schon bestehenden 1 1/2prozentigen Umsatzsteuer auf 2 Proz. in Frage, wodurch die Lebenshaltung der breiten Massen ins Angeheuer gesteigert wird. Tatsächlich werden die Steuern seit einigen Monaten schon von den Konsumenten getragen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Ein kommunistischer Antrag, das Umsatzsteuergesetz überhaupt aufzuheben, wird gegen die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt.

In der Einzelberatung beantragt Dr. Helfferich (D.M.) die Umsatzsteuerfreiheit für sogenannte Handelsvertreter. Ministerialdirektor Popin erklärt, die Regierung könne dem nicht zustimmen.

Abg. Brodau (Dem.) tritt ebenfalls nochmals für die Umsatzsteuerfreiheit der Handelsvertreter ein.

Die Anträge Hergt (D.M.) und Fischer (Dem.) werden gegen die Stimmen der Rechten und Demokraten abgelehnt.

Abg. Behrens (D.M.) beantragt den Gebrauch von Gegenständen aus dem eigenen Betrieb, soweit es sich um die Erzeugnisse

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT ENAMELINE

der Kleingartenwirtschaft, der Kleinlandwirtschaft und Kleinviehzucht handelt, steuerfrei zu lassen, wenn eine Tätigkeit nicht mit Hilfe von gegen Entgelt beschäftigten Personen durch Pensionäre aus der Sozialversicherung sowie durch Pensionäre und durch Kleinrentner betrieben wird. — Ministerialdirektor Dr. Pöschler erhebt Bedenken gegen den Antrag, der zu Umgehungen führe. — Ein Antrag Gröhlen (L.S.P.) fordert eine Befreiung der Genossenschaftlichen von der Umsatzsteuer.

Abg. Roemer (Komm.) unterstützt den Antrag. Wenn die Einkünfte nicht höher sind als bis auf den 31. Mai noch 60 Millionen aus dem deutschen Vorrat herauspressen müssen, so werden Sie langsam noch ein Geizhals bekommen vor dem, was Sie jetzt mit Ihrem Steuerkompromiß angeklagt haben.

Abg. Kahmann (Soz.) begründet einen anderen vermittelnden Antrag. Die Zustimmung zum Kompromiß ist uns nicht leicht geworden; aber wir wären mit dem Antrag auf Befreiung der Genossenschaften so wie so nicht durchgekommen. Wir können mit den Unabhängigen und Kommunisten zusammen auch keine Mehrheit bilden. (Anrufe links.) Wir beantragen, einen Teil des Umsatzes der Genossenschaften freizulassen, entsprechend der Höhe ihrer Dividenden.

Darauf wird über den Antrag Gröhlen (L.S.P.) auf Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer abgestimmt und der Antrag mit 267 gegen 88 Stimmen abgelehnt. (Anrufe bei den Kommunisten.)

Das Gesetz wurde im übrigen ohne wesentliche Änderungen in der Ausschlußfassung angenommen.

Darauf verlas sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung der Steuervorlagen.

Badische Politik

Gegen die Vertenerung

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingereicht:

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß 1. die Brotgetreidemenge, welche durch das Umlageverfahren noch abzuliefern ist, herab erhöht wird, daß dadurch die Brotversorgung für die minderbemittelten Volksteile zu erschwinglichen Preisen gesichert wird, 2. daß für Kartoffeln, Fleisch und Holz die öffentliche Bewirtschaftung soweit wieder eingeführt wird, als das für die Versorgung der minderbemittelten Volksteile erforderlich ist.

Aus der Partei

8. Oberkirch, 21. März. Innerhalb rasch verchieden am Sonntag nachmittag an einer schweren Grippe unser Parteigenosse Albert Bauer im Alter von 34 Jahren. Mit dem Verstorbenen ist ein Mann dahingegangen, der jederzeit als treuer, opferwilliger Kämpfer unserer guten Sache sich betätigte. Die sozialdemokratische Arbeiterjugend, Gewerkschaft und Radfahrerverein haben der Verstorbene als treues Mitglied angehört, gaben ihm das Geleit zur letzten Ruhe, ebenso seine Mitarbeiter und Freunde in großer Anzahl. Eine letzte Ehrung wurde ihm zuteil durch den hiergegenüberstehenden Gedächtnis des Gelangvereins. Eintrag unter der bewährten Führung seines Dirigenten Wecker aus Offenbach. Kranze wurden am Grabe niedergelegt vom Gewerkschaftsverein, Arbeiterabfahrtsverein, Soz. Partei, Metallarbeiterverband und von seinen Mitarbeitern. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau mit vier unmündigen Kindern und seine hochbetagten Eltern, denen das traurige Schicksal beschissen ist, von 14 Kindern jetzt nur noch 2 Söhne am Leben zu haben. Möge der schwer geprüften Familie die allgemeine Teilnahme ein Trost sein in ihrem herben Schmerz. Wir aber wollen dem von uns geschiedenen Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.

Stein. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins seien auch an dieser Stelle auf die am Samstag, 23. März, abends 8 Uhr, im Rathausaal stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in der Landtagsabg. Kurz einen Vortrag hält über „Die neue Gemeindeordnung“. Insbesondere darf kein Gemeindevorsteher in dieser Versammlung fehlen.

Jugend und Sport

Verband der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands — Bezirk Baden — Agitationsbezirk Karlsruhe

Am Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, findet in Gaggenau in der „Gambinschule“ eine Kreis-Konferenz

für die Ortsgruppen des Agitationsbezirks Karlsruhe statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Kreisleitung, 2. Osteragitation, 3. Zweck und Ziel unserer Bewegung, 4. Wahl der Kreisleitung, 5. Verschiedenes.

Die Vereine entsenden für je 50 Mitglieder einen Delegierten. Außerdem sind die Vorsitzenden der Ortsgruppen zur Teilnahme berechtigt. Am vollständigen Erscheinen, auch der Komiteemitglieder, wird ersucht. Soweit auch für zahlreiche Beteiligung an unserer Zusammenkunft!

Arbeiterjugend! Im Anschluß an die Konferenz findet in Gaggenau nachts um 2 Uhr, auf dem Plage vor dem Rathaus eine

Rundgebung

der arbeitenden Jugend statt gegen die reaktionären Bestrebungen zur Verschlechterung des Jugendbeschusses, die in dem Arbeitszeitgesetz zum Ausdruck kommen. Die arbeitende Jugend muß sich dagegen wehren durch eine verlängerte Arbeitszeit noch mehr wie bisher ausgebeutet zu werden.

An die Arbeiterjugend des Kreises Karlsruhe und an die arbeitende Jugend von Gaggenau ergeht deshalb der Aufruf: Erhebt klammenden Protest, indem ihr zur Rundgebung kommt gegen die Pläne Euerer Ausbeuter und zeigt ihnen, daß ihr nicht gewillt seid, Euch Euer gutes Recht schmälern zu lassen!

Die Kreisleitung der Arbeiter-Jugend.

Sonderklasse, Gruppe Karlsruhe. Sonntag, 26. März, vormittags 10 Uhr, findet in Aue im Gasthaus zur Wanne eine Konferenz statt. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Kleine badische Chronik

Leiselheim b. Emmendingen, 22. März. Ein schweres Fuhrwerkunglück hat sich hier ereignet. Die beiden Pferde eines Fuhrwerks von Jüningen waren schon geworden und rissen durch das Dorf. Von den auf dem Wagen sitzenden fünf Personen wurde, als das Fuhrwerk gegen ein Haus geschleudert wurde, der Fuhrmann berast an eine Hauswand geschleudert, daß er bewußlos liegen blieb. Eine Frau, ein Mann und ein Mädchen erlitten schwere Verletzungen.

Reislerieb (Amt Offenbach), 22. März. Gaunerei. Hier erliefen im Auto ein Schnapsbändler, um die vorhandenen Bestände des Reischlerer Schnaps zu verkaufen. Bei sehr hohem Angebot konnte er sich ein größeres Quantum sichern, das er auf einem Auto verlor. Die Lieferanten wurden mit Schicksal beglückt, die sich aber als gefälscht herausstellten. Ein beherzter

Bürgerjahn machte sich sofort an die Verfolgung und bei Eitlingen wurde das Auto eingeholt und die Ware beschlagnahmt.

Zuferschleber

Offenburg, 21. März. Vor dem hiesigen Wuchergericht hatten sich verschiedene Personen wegen Zuferschleberungen und wegen Preisverbrei bei Zunderverkauf zu verantworten. Die meisten der Angeklagten waren aus Mittelbaden, aus jenen Orten, die durch die Schwarzbrennerei eine zweifelhafte Berühmtheit erlangt haben. Verurteilt wurden der Händler Emil Schibel aus Kappelrodeck zu 5000 M Geldstrafe, der Händler Gustav Schitt aus Mennchen zu 6000 M Geldstrafe. Die beschlagnahmten 120 Zentner Zunder wurden eingezogen. Der Händler Johann Wumann aus Mischweiler wurden wegen unerlaubten Handels mit Zunder zu 2000 M Geldstrafe verurteilt. Die bei ihm vorgefundenen 70 Zentner Zunder waren beschlagnahmt worden und werden eingezogen. Wegen des gleichen Vergehens erhielt der Fuhrmann Konrad Vürk aus Achern 2000 M Geldstrafe. Mit Mithenschüssel handelte unerlaubterweise der Kaufmann Josef Fischer von Bühl, der zu 1500 M Geldstrafe verurteilt wurde. Neben 200 Zentner Mithenschüssel, die man bei ihm beschlagnahmt, wurden eingezogen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 23. März

23. März: 1921 Rufsche und Lommunistische Streiks in Hamburg und Mitteldeutschland. Belagerungsstand. — 1921 Spaltung der schwedischen Sozialdemokratie.

Karlsruher Parteinaufrichten

Prekominmission des „Volkstreuend“. Montag, 27. März, nachm. 4 Uhr, Sitzung der Prekominmission. Lokal: Redaktion des „Volkstreuend“, Nützenstr. 24.

Sozialdemokratische Gewerkschafter (Vereinsgruppe der Sozialdem. Partei). Am kommenden Freitag, den 24. d. M., 8 Uhr abends, findet in den „Alten Linden“ (Ede Firtel und Adlerstraße) eine Versammlung der Sozialdemokratischen Gewerkschafter statt. Genosse Dr. Müller spricht über: „Die Gewerkschafter und die Preiswucherbekämpfung“. Alle sozialdemokratischen Beamten, Lehrer und Angehörten, sowie alle Parteigenossen und Volkstreuendler werden dringend eingeladen. — Die Gewerkschafts- und Lohnverhandlungen sind unwirksam, wenn nicht den freien Preisverhandlungen ein Damm entgegengeleitet wird. Auf in die Versammlung!

Bezirk Rippurr. Die Jugendgruppe hat am Donnerstag abends 8 Uhr Zusammenkunft mit Vortrag im Aufbaumhäusern. Die Jugendgruppen sollen vollständig in den Bestand gewählten Jugendgruppen einmünden. Die in der Jugendgruppe sind eingeladen.

Grünwinkel. Heute abends 8 Uhr findet im „Ead. Hof“ die Generalversammlung des sozialdem. Vereins statt. Genosse Fritts wird einen Vortrag über das örtliche Programm halten. Die Genossen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Bezirk Durlach. Samstag, 25. März, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung im „Karlsruher Hof“. Genosse Schulz wird einen Vortrag über „Die Sozialisierung“ halten. Kein Parteigenosse sollte diesen wichtigen Vortrag versäumen. Auch Volkstreuendler sind freundlich eingeladen.

Zwei Plänen auf einen Schlag

Zu dem Beschluß des Stadtrats Karlsruhe wegen Errichtung einer Haltestelle für die Oststadt an der Bahnlinie Karlsruhe-Graben-Mannheim wird uns folgendes geschrieben: Eine neue Haltestelle auf der kaum 7 Kilometer langen Strecke zwischen Hagsfeld und Karlsruhe wird sich jedenfalls schwer durchsetzen lassen. Und sollten die weichen Jüge auf die beiden Haltestellen verteilt werden, so ist damit mehr für die Oststadt noch für Rintheim etwas erprobliches geleistet und eine Gemeinde wie Hagsfeld, welche auch im Aufstehen begriffen ist, wird auch im Verkehr nicht bedrückt werden können. Ein anderer Weg wäre jedenfalls mehr im Interesse der Allgemeinheit, wenn die Stadt Karlsruhe die elektrische Straßenbahn durch die Zullastraße nach Rintheim, von da auf dem sogenannten Rutenweg (ehemaliger Kirchenpfad) nach dem Bahnhof Hagsfeld führen würde, von da an einmünden in die Straße Karlsruhe-Hagsfeld. Dadurch würde der Vorort Rintheim seine längst ersehnte Bahn bekommen und der Verkehr der ganzen Oststadt mit der Bahnlinie Karlsruhe-Graben-Mannheim könnte auf Jahrzehnte hinaus geregelt sein. Das heute schon viele aus der Oststadt nicht mehr nach dem Bahnhof in Karlsruhe gehen, wenn sie über Graben fahren wollen, sondern den Bahnhof in Hagsfeld aufsuchen, ist ja bekannt, umgekehrt ist dasselbe der Fall. Dann müßte Sorge getragen werden, daß in Hagsfeld sämtliche Jüge halten, ähnlich wie in Durlach, und die elektrische Straßenbahn dem Fahrplan angepaßt wird.

Wenn ich gerade den Weg Zullastraße-Rintheim-Bahnhof Hagsfeld wähle, so deshalb, weil dies jedenfalls die kürzeste Strecke ist und weil dann der Bahnhof Hagsfeld von der ganzen Oststadt, Durlach und Rintheim über Rintheim leicht zu erreichen wäre, während Rintheim über Rintheim leicht zu erreichen wäre. Und sollten die weichen Jüge auf die beiden Haltestellen verteilt werden, so ist damit mehr für die Oststadt noch für Rintheim etwas erprobliches geleistet und eine Gemeinde wie Hagsfeld, welche auch im Aufstehen begriffen ist, wird auch im Verkehr nicht bedrückt werden können. Ein anderer Weg wäre jedenfalls mehr im Interesse der Allgemeinheit, wenn die Stadt Karlsruhe die elektrische Straßenbahn durch die Zullastraße nach Rintheim, von da auf dem sogenannten Rutenweg (ehemaliger Kirchenpfad) nach dem Bahnhof Hagsfeld führen würde, von da an einmünden in die Straße Karlsruhe-Hagsfeld. Dadurch würde der Vorort Rintheim seine längst ersehnte Bahn bekommen und der Verkehr der ganzen Oststadt mit der Bahnlinie Karlsruhe-Graben-Mannheim könnte auf Jahrzehnte hinaus geregelt sein. Das heute schon viele aus der Oststadt nicht mehr nach dem Bahnhof in Karlsruhe gehen, wenn sie über Graben fahren wollen, sondern den Bahnhof in Hagsfeld aufsuchen, ist ja bekannt, umgekehrt ist dasselbe der Fall. Dann müßte Sorge getragen werden, daß in Hagsfeld sämtliche Jüge halten, ähnlich wie in Durlach, und die elektrische Straßenbahn dem Fahrplan angepaßt wird.

Wenn ich gerade den Weg Zullastraße-Rintheim-Bahnhof Hagsfeld wähle, so deshalb, weil dies jedenfalls die kürzeste Strecke ist und weil dann der Bahnhof Hagsfeld von der ganzen Oststadt, Durlach und Rintheim über Rintheim leicht zu erreichen wäre, während Rintheim über Rintheim leicht zu erreichen wäre. Und sollten die weichen Jüge auf die beiden Haltestellen verteilt werden, so ist damit mehr für die Oststadt noch für Rintheim etwas erprobliches geleistet und eine Gemeinde wie Hagsfeld, welche auch im Aufstehen begriffen ist, wird auch im Verkehr nicht bedrückt werden können. Ein anderer Weg wäre jedenfalls mehr im Interesse der Allgemeinheit, wenn die Stadt Karlsruhe die elektrische Straßenbahn durch die Zullastraße nach Rintheim, von da auf dem sogenannten Rutenweg (ehemaliger Kirchenpfad) nach dem Bahnhof Hagsfeld führen würde, von da an einmünden in die Straße Karlsruhe-Hagsfeld. Dadurch würde der Vorort Rintheim seine längst ersehnte Bahn bekommen und der Verkehr der ganzen Oststadt mit der Bahnlinie Karlsruhe-Graben-Mannheim könnte auf Jahrzehnte hinaus geregelt sein. Das heute schon viele aus der Oststadt nicht mehr nach dem Bahnhof in Karlsruhe gehen, wenn sie über Graben fahren wollen, sondern den Bahnhof in Hagsfeld aufsuchen, ist ja bekannt, umgekehrt ist dasselbe der Fall. Dann müßte Sorge getragen werden, daß in Hagsfeld sämtliche Jüge halten, ähnlich wie in Durlach, und die elektrische Straßenbahn dem Fahrplan angepaßt wird.

Die Landtagsabgeordneten als Gäste der Stadt. Der Verwaltungsausschuß des badischen Landtags hatte für Dienstag abend die Mitglieder des Landtags zu einer Vorstellung des „Fidelio“ im Landesopertheater geladen. Die Oper, die vorzüglich besetzt war, wurde in musikalischer Weise zum Vortrag gebracht. Die Leistungen unserer untergeleiteten Opertheater waren unter der Leitung des Dirigenten Herrn Barz ein schicklich vollkommen. Den Landesboten wurde so in schönster und einbringlichster Form die kulturelle Bedeutung unseres Landtagsabgeordneten vor Augen geführt. — Nach Schluß der Oper folgten die Landtagsabgeordneten, Vertreter der Ministerien und anderer Behörden einer Einladung der Stadt Karlsruhe zu einem geselligen Beisammensein im Künstlerhaus. Oberbürgermeister Dr. Fritter begrüßte die Erschienenen in herzlichen Worten, wobei

er unter Hinweisung auf die Wärschen im Reich der Kunst der letzten Stunden die Hoffnung ausdrückte, daß unser Volk die hohen Kulturgüter, insbesondere auch jene, die ihm im Reiche der Kunst aus der Vergangenheit überkommen seien, wahren und pflegen werde. Redner lud sodann mit glücklichem Humor die Anwesenden zum Glase Karlsruher Weines ein, der, wenn auch nicht in Karlsruhe gewachsen, doch so gut dadurch sei wie die badische Landeshauptstadt.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Oststadt. In der Versammlung am gestrigen Mittwoch abend sprach an Stelle des verhinderten Genossen Fritts Gen. Rabner über das örtliche Programm. Der Redner behandelte in eingehender Weise die einzelnen Punkte des neuen Parteiprogramms, die er ausführlich erläuterte. In der Aussprache widersprach Gen. Deubel einigen Ausführungen des Genossen Rabner, denen dieser wieder entgegenete. — Im weiteren behandelte der Vorsitzende Gen. Stoff noch einige interne Angelegenheiten, an die sich eine kurze Aussprache anschloß. Die Versammlung war mittelmäßig besucht.

e. Rippurr. Unsere Parteiversammlung gestern abend war verhältnismäßig gut besucht, womit nicht gesagt sein soll, daß der Besuch vollaus befriedigt hätte. Ein sehr interessanter Vortrag stand auf der Tagesordnung. Gen. Arbeiterminister Dr. Gagner behandelte das Thema „Berufsausschreibung und Sozialversicherung“, das er in der von ihm gewählten meisterhaften Art vorbrachte. Der Referent gab ein sehr interessantes Bild über die verschiedenen Arten von Betriebsorganisationen, angefangen vom primitiven Kleinbetrieb, dann der Privatindustrie, den Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Produktivgenossenschaften usw., und schließlich dem Sozialismus. Der Redner betonte, daß dem Genossen Stoff heraus sich der Sozialismus am besten entwickeln könne. Die Betriebsorganisationen sollten sich nicht nur mit dem Lebensmittelschicht begnügen, sondern sich auch den Verlebensmittelschicht zuwenden. Der Ausbau des Genossenschaftswesens, die Eigenproduktion und die Kommunalisierung der für die Gemeinde wichtigen Betriebe führte am ehesten zur Gemeinnützigkeit. Der Vortrag fand allseitigen Beifall. Eine sachliche Aussprache beschloß die gute besetzte Versammlung.

Die Schlußprüfung der Feuerschule fand am Samstag den 18. März, nachmittags im Hofhaus des städt. Krankenhauses, unter Beteiligung der Regierung, des Gewerkschaftsvereins und der Direktion der Gewerkschaft sowie Vertreter des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer-Gewerkschaften Karlsruhe, statt. Die Schüler haben die an sie gestellten Fragen in praktischer wie theoretischer Beziehung zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Man kann sagen, daß es für die Schüler keine leichte Arbeit war, in kaum 5 Monaten das alles, neben ihrer beruflichen Arbeit, zu bewältigen, was auch die Direktion der Gewerkschaft zum Schluß, mit den Worten „Großes Geschick zu haben“ anerkannt hat. Der Stadterhaltung wurde für die teilweise finanzielle Unterstützung der Kurse der Dank ausgesprochen. Ein Regierungsvorsteher war jedoch erkrankt, die Stadterhaltung nicht die ganzen Kosten getragen. Die Organisation hat noch 750 M. darauf zahlen müssen. Der Vorsitzende der Gewerkschaften Karlsruhe, Kollege Geller, dankte den Herren Referenten, der Direktion der Gewerkschaft sowie der Stadterhaltung. Ferner gab er den Schülern mit auf den Weg, daß sie das, was sie gelernt haben, auch in die Tat umsetzen und dafür eintreten, daß sie alle Kollegen in die Feuerschule noch nicht mitgemacht haben, aufklären werden, diese Kurse nicht zu versäumen. — Die Organisation ist mit diesem Schluß der Feuerschule nicht ganz zufrieden, man nahm es nur als Vorbehalt an. Die Organisation verlangt nach mehr vor die Verstaatlichung der Dampfesselfabrikation und der Feuerschulen. Die Kosten der Feuerschulen könnten für die Schüler noch bedeutend verringert werden, wenn die Wanderturie eingeführt wären, denn dann kann auch eine einjährige Behandlung durchgeführt werden.

Baden-Wert. Auf den Aufruf zur Zeichnung auf die Badenwert-Anleihe sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Die Frist zur Zeichnung läuft, wie aus dem Informaten ersichtlich, bereits am 24. d. M. ab.

Der Sozialismus, die Weltanschauung des Evangeliums. Auf den mit vorstehendem Thema heute abend 8 Uhr in der Bestalozschule stattfindenden Vortrag des Volkstreuendbundes sei nochmals hingewiesen. Referent ist Viktor Fiedler-Karlsruhe.

Selbstmordverbot. Aus unbekanntem Beweggrund hat sich gegen 12 Uhr ein 30 Jahre alter Arbeiter aus Mauer im Hof des Hauptbahnhofes hier aufgeschossen, wurde jedoch noch rechtzeitig wieder abgemittelt. Sodann wurde er in bewußtlosem Zustande mittels Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht.

Valuta-Bericht vom 22. März

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 1.734. Die Auszahlung Holland notierte 116.11 M. per holl. Guld.; Schweden notierte 69.25 M. per schw. Kr.; England notierte 1848 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte 57.52 M. per frz. Fr.; Neuseeland notierte 304 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. März

Vorwiegend stürmische Witterung; Wind neblig und boreal nach einzelne Schneefälle, sehr kühl, weitere Nachfröste.

Wasserverband des Rheins

Schulterstein 150, gef. 10; Aisch 270, gef. 1; Mayau 400, gef. 9; Mannheim 367, gef. 23; Konstanz am 20. 3. 206 Zim.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, politische Redaktionen und alle Nachrichten Hermann Rabner für Badische Politik, Amt und Verlagsredaktion, für die Partei, Berichtsgabe und Redaktionen Hermann Winter; für die Stadt, Gewerkschaften, Soziale Bewegung, Genossenschaftsbewegung, Frauen und Sport, Briefkasten Josef Fiedler für den Anzeigen- und Anzeigen-Verlag, sämtliche in Karlsruhe.

Lriekasten der Redaktion

A. D. Die Goethe-Schule hat 9 Klassen. Beginn in Sept. mit Französisch, in Untertertia mit Latein. Ab Untertertia gab es die Schule in zwei Zweige, der eine mit Griechisch, der andere mit Englisch. — Die Helmholtz-Oberrealschule fing im Sept. mit Französisch an, wozu in Untertertia Englisch tritt. Ab Obertertia nachfreies Latein.

D. R. Durlach. Sie müssen ein Gefühl von Erlangung des Staatsbürgerrechts an das Bezirksamt richten, das es an das zuständige Ministerium weiterleitet. Außer einigen Spornen entstehen größere Kosten nicht.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Peter, alt 9 Monate 1 Tag, Vater Peter Wiedemer, Güterarbeiter, Wils. Rangheirich, Schneidermeister, Witmer alt 82 Jahre. Josepha Grisebel, Dienstmädchen, alt 22 Jahre. Beerbigungsamt und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag den 23. März, 2 Uhr: Josepha Grisebel, Dienstmädchen, Krugstr. 49. 3 Uhr: Wilhelm Rangheirich, Schneidermeister, Marientir. 3.

